

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



Tag der Aus- und Einblicke im Deutschen Bundestag (Tag der offenen Tür)

Rainer Kraft, MdB
Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

@ rainer.kraft@bundestag.de

f /rainer-kraft-115152229053025

Einmal im Jahr öffnet der Bundestag seine Pforten um Interessierten einen Einblick in die Arbeit des Parlamentes im Rahmen eines Tages der offenen Tür zu erlauben. Dabei haben die Ausschüsse und die Fraktionen die Gelegenheit sich vorzustellen. Mir, als Mitglied im Umweltausschuss, wurde die Möglichkeit eingeräumt an einer Podiumsdiskussion von Mitgliedern der Fraktionen im Umweltausschuss, teilzunehmen. Das Thema der Veranstaltung war ‚Plastikmüll-Kunststoffabfälle reduzieren, Kreisläufe schließen‘.

Dabei zeigte sich eine seltene Einmütigkeit zum Thema. Alle Fraktionen, inklusive der AfD, begrüßten Maßnahmen um Kunststoffabfälle zu reduzieren und insbesondere dabei den Eintrag in die Meere im Blick zu behalten. Allerdings gab es schon Unterschiede bei der Problemdiagnose. Der überwiegende Eintrag in die Meere und generelle Anfall von in der Natur freigesetztem Plastikmüll findet gar nicht in Europa statt. Neue, EU-weite Regulierungen bzgl. des Inverkehrbringens, des Handels

und des Einsammelns von Kunststoffen erhöhen zwar die Belastungen der deutschen und europäischen Konsumenten und Hersteller, haben aber global betrachtet nahezu keine Auswirkungen. So beträgt der Anteil von deponiertem oder weggeschmissenem Kunststoff in Deutschland gerade einmal 1%, global jedoch 80%.

Das wirft auch die Frage nach dem Wert dieses Wertstoffes auf, wenn er global, selbst in armen Ländern achtlos weggeschmissen wird. Handelt es sich wirklich um einen ‚Wertstoff‘? Steht nicht die Tendenz, Kunststoffe immer preiswerter und spezialisierter zur Verfügung zu stellen dem Wert der dann anfallenden Reste diametral gegenüber?

Darauf Antworten zu finden ist sicher ein erstrebenswertes Ziel, aber mit EU-weiten Zwangsmaßnahmen die Herstellung und Handel regulieren, wird man nicht den entscheidenden Wurf zur Lösung dieses globalen Problems tätigen.

Direkte Demokratie ins Grundgesetz



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**

- Unterausschuss Europarecht

- **Ordentliches Mitglied**

- Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

@ tobias.peterka@bundestag.de

f /tobiaspeterka

Die AfD wird die direkte Demokratie auf Bundesebene festschreiben. Der Arbeitskreis Recht hat in der sog. „Sommerpause“ dazu ein Konzept ausgearbeitet. Das Grundgesetz ist hierfür der prägnante und richtige Ort. Verfassungsrang sollen haben: Volksentscheide (Sachfragen), Volksabstimmungen (Gesetze) und das Volksbegehren (Herbeiführen der ersten beiden durch das Volk selbst).

Volksentscheide kann die Bundesregierung jederzeit dem Volk vorlegen. Nimmt ein Viertel der Wahlberechtigten teil, gilt das Mehrheitsergebnis. Ebenso sollen 10% der Mitglieder des Bundestages einen aus der Mitte des Bundestages eingebrachten Gesetzentwurf, der im Plenum gescheitert ist, der Nation zur Abstimmung vorlegen können. Ein ähnliches Recht soll in Ausnahmen auch der Bundesrat erhalten. Das Konzept der zustimmungsbedürftigen Gesetze beachten wir natürlich.

Das wichtigste Mittel, das Volksbegehren, soll bei einer bestimmten Zahl an Unterschriften (z.B. 100.000) bei allen Wahlberechtigten abfragen, „ob“ abgestimmt werden soll. Wollen dies mindestens 10% der Wahlberechtigten, werden die vollen Unterlagen des

Volksentscheids oder der Volksabstimmung versandt und das Ergebnis ist bei einer Wahlbeteiligung von 25% gültig.

Diese Dreistufigkeit macht Sinn vor dem Hintergrund, dass ohne Breiteninteresse die Entscheidung wenig Anerkennung finden wird. Hierzu wird jedoch noch diskutiert, ob auch zwei Stufen genügen.

Schutz vor Gegendemos

Ebenfalls in Arbeit ist die Konzipierung einer Musterregelung zum Versammlungsgesetz, welche jedoch aufgrund der geänderten Kompetenzlage von den Ländern umzusetzen wäre. Hauptziel muss es sein, sog. Deeskalation durch gewähren lassen von Gegendemos zu verhindern sowie puren Lärm (Trillerpfeifen, etc.) als unzulässige Störung und nicht mehr als Meinungsäußerung zu definieren. Mit allen Landtagsfraktionen werden wir uns gerne dazu austauschen. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit steht auch unseren Gegnern zu, jedoch nur gewaltfrei und ohne uns zu behindern. Die Exzesse der linken Entourage müssen unterbunden werden.



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

• Obmann

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

@ protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

AfD wirkt – dies haben wir nach einem Jahr im Bundestag mehrfach erfahren können. Wir können tagtäglich miterleben, wie die Altparteien eine Idee nach der anderen kopieren – allerdings in bescheidener Qualität - sei es bei der Zuwanderungsfrage, bei den sozialen Themen oder bei Fragen, die die tägliche politische Agenda nicht maßgeblich bestimmen, aber den Menschen in unserem Land trotzdem wichtig sind. Mir persönlich liegen die Sorgen, Nöte und Probleme der Vertriebenen, insbesondere der Sudetendeutschen, sehr am Herzen, da meine Familie auch sudetendeutsche Wurzeln hat.

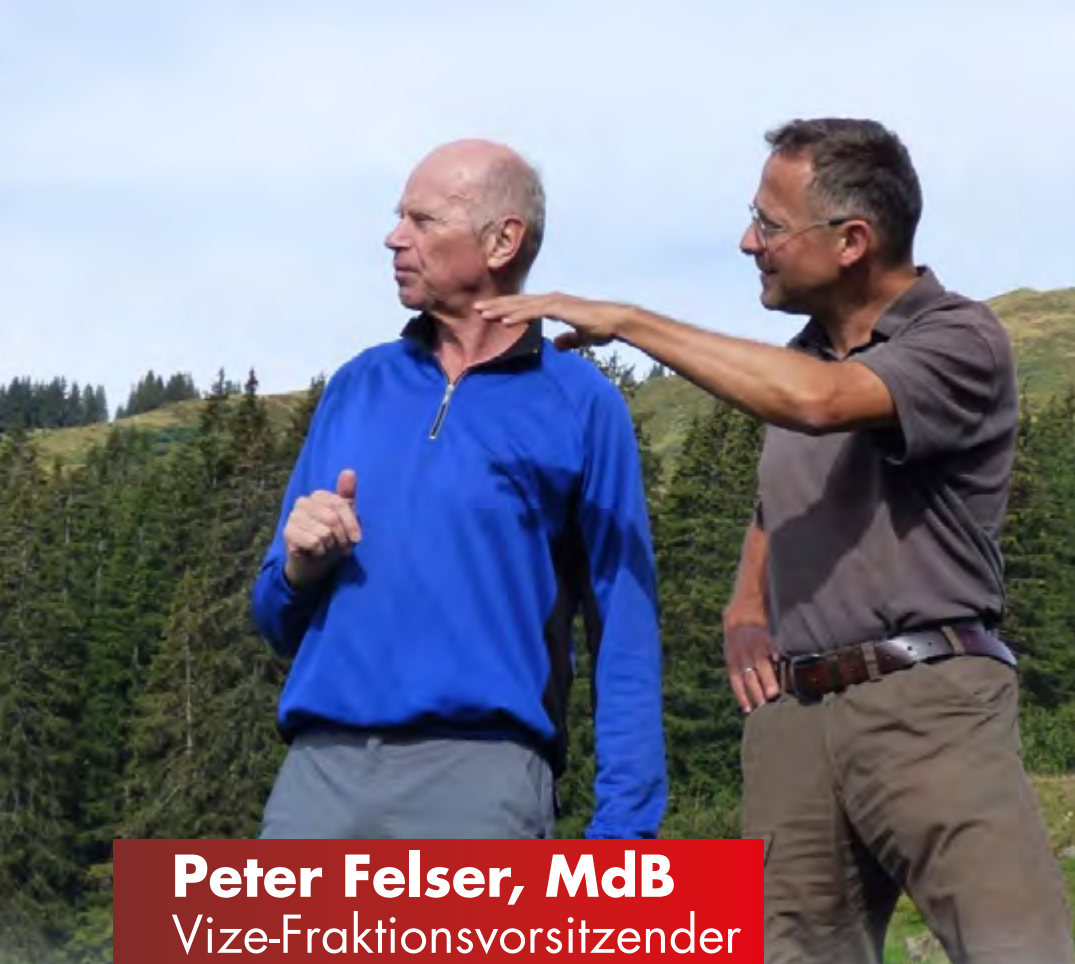
So stellte ich auch im Mai eine „Kleine Anfrage“, die die Beziehung der Bundesregierung zu Tschechien näher beleuchten soll. Neben der weiteren Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Tschechien, ist mir auch die Frage nach den sogenannten Benes-Dekreten wichtig. Denn nur auf Basis einer aufrichtigen Versöhnung funktioniert eine ehrliche Zusammenarbeit.

Die Antwort des Innenministeriums fasst die jahrzehntelange Politik in der sudetendeutschen Frage gut zusammen: „Beide Seiten stimmen darin überein, dass das began-

gene Unrecht der Vergangenheit angehört und werden daher ihre Beziehungen auf die Zukunft ausrichten“. In anderen Worten: Uns interessiert das Unrecht der Vergangenheit nicht.

Auf dem diesjährigen Sudetendeutschen Tag, der ein Heimspiel der CSU war, ließ man wie alle Jahre verlauten, dass man das zarte Pflänzchen der Versöhnung nun endlich aufblühen lassen wolle. Da muss man sich unwillkürlich fragen, wenn nach 70 Jahren noch immer nichts blüht, ob das Pflänzchen noch lebt. Immerhin war der tschechische Botschafter erstmalig in der Geschichte der Sudetendeutschen Tage anwesend, aber von der Thematisierung der Benes-Dekrete natürlich keine Spur.

Umso erstaunter war ich, als der neue Heimatminister am „Tag der Heimat“ davon sprach, dass die „Unrechtsdekrete“ nicht zum Wertekanon Europas gehörten, und daher zu beseitigen seien. So schnell kann die Union ihre Position ändern. Solche Momente zeigen einmal mehr: Es braucht uns dringend im Bundestag. Wir nehmen unseren Auftrag umso ernster und werden weiterhin eine starke Oppositionsarbeit leisten! Auf uns können Sie zählen.



Peter Felser, MdB
Vize-Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
 - Verteidigungsausschuss

@ peter.felser@bundestag.de

f /peterfelserafd

www.peterfelser.de

„Die Planung der Skischaukel kommt durch die Hintertür“, das befürchtet AFD-Fraktionsvize Peter Felser bei einer Vor-Ort Begehung gemeinsam mit dem Landtagskandidaten Wilhelm Vachenauer am Riedberger Horn. Der CSU-Landrat Anton Klotz habe den Bau eines Speichersees für Beschneiungsanlagen genehmigt, welcher jedoch in einem sensiblen Hochmoorgebiet liegt.

Wenn dieser Wasserspeicher entsteht, folgt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der Bau der geplanten Skischaukel. Felser fordert für diesen hochsensiblen Bereich die Höherstufung in die Alpenschutzklasse C, die Bewahrung des Schutzgebietes und einen naturverträglichen

Berg- und Skitourismus. Man darf diese einmalige Landschaft nicht dem Kommerz opfern.

CSU Ministerpräsident Markus Söder hatte mit Stimmen von CSU und Freien Wählern zum ersten Mal seit 45 Jahren eine Veränderung des Bayerischen Alpenplanes erlaubt. Dadurch wurde der strengste Schutzgrad für das Riedberger Horn herabgestuft, um Baumaßnahmen zu ermöglichen. Stattdessen gewährte er 20 Millionen Euro für einen naturverträglichen Tourismus. Dieser Zick-Zack-Kurs der Landespolitik zerstört ein äußerst sensibles Gebiet und bewirkt genau das Gegenteil von naturverträglichem Tourismus.

Dank einem unserer bayerischen Mitglieder wird einem Multimedia-Projekt für Migranten auf den Zahn gefühlt:

Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Arbeit und Soziales

@ martin.sichert@bundestag.de

f /sichertmartin

Das Mitglied machte mich auf die App „Ankommen“ aufmerksam, die in weiten Teilen nicht wie seriöse Behördeninformation, sondern wie ein links-grünes Propaganda-Projekt wirkt.

In der App wird häufig Bezug zu „Halal-Lebensmitteln“, Schweinefleisch und islamischen Werten genommen. Frauen werden meist mit Kopftuchbedeckung gezeigt. Wir vermuten dadurch einen Verstoß gegen das staatliche Neutralitätsprinzip. Ebenso unklar ist, weshalb keine Aufschlüsselung nach Status der Betroffenen (z.B. Bürgerkriegsflüchtlinge, Geduldete, subsidiär Schutzbedürftige) vorgenommen wird. So entsteht für den App-Nutzer der Eindruck, alle Asylbewerber seien gleich zu behandeln.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hatte die App im Jahr 2016 veröffentlicht. Laut Beschreibung handelt es sich um einen „Wegweiser und Sprachkurs für Flücht-

linge“. Der offizielle Herausgeber Bayerischer Rundfunk (BR) äußerte sich zur App, dass diese „themenübergreifend für Flüchtlinge“ vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Goethe-Institut, der Bundesagentur für Arbeit (BA) und dem BR erarbeitet worden ist. Zur Bewerbung der App wurden gut 40.000 Plakate und über eine halbe Million Flyer gedruckt.

Mein Büro hat dazu eine kleine Anfrage erarbeitet, um nähere Informationen zur Rechtsgrundlage der App und zur finanziellen Beteiligung des gebührenfinanzierten Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks zu erhalten.

Wir sind gespannt auf die Antworten der Regierung. Wenn auch Sie die Möglichkeit nutzen wollen, eine Anfrage an die Bundesregierung oder an Ministerien zu stellen, können Sie sich gerne an mein Büro unter martin.sichert@bundestag.de wenden.

Kauder ist weg – Merkel muss Vertrauensfrage stellen



Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
 - Petitionsausschuss
- Ordentliches Mitglied
 - Kinderkommission
 - Familienausschuss (Stv. Mitglied)
 - Schriftführer



/Johannes.Huber.AfD



@ johannes.huber@bundestag.de

Nach der Abwahl von Volker Kauder als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion wäre es an der Zeit, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel – wie ihr Vorgänger im Amt Gerhard Schröder – die Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag stellt.

Merkels Vertrautem wurde schließlich in den eigenen Reihen das Vertrauen entzogen und damit auch ihr. Wir sollten den bayerischen Bürgern dabei sagen, dass auch der CSU-Vorsitzende Seehofer und Landesgruppensprecher Dobrindt für Kauder geworben hatten. Das zeigt einerseits die bestehende Loyalität der CSU zu Merkel und andererseits auch deren Niederlage.

Das Grundgesetz sieht den Weg der Vertrauensfrage im Artikel 68 ausdrücklich vor, um eine Neuwahl zu ermöglichen: „Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen.“

Dass Frau Merkel aber bereits – im Einklang mit der SPD – öffentlich erklärt hat, die Vertrauensfrage nicht zu stellen, zeigt ihre Angst, dass



der Deutsche Bundestag ihr das Vertrauen nicht mehr aussprechen würde. Sieht man sich ihre verheerende Bilanz und ihre politische Verantwortung v.a. in der Asyl- und Einwanderungspolitik, der Bankenrettungspolitik und der Energiepolitik an, so erfreut es uns als AfD-Fraktion natürlich sehr, dass Merkel als „Kanzlerin auf Abruf“ mehr denn je am seidenen Faden hängt.

Am 8. Oktober 2018 wird im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags die sog. „Erklärung 2018“ öffentlich verhandelt, in der Vera Lengsfeld und eine Vielzahl an Mitzeichner fordern, die Rechtmäßigkeit an den deutschen Grenzen wieder herzustellen. Dies wird dem deutschen Volk letztlich von Merkel bis zum heutigen Tag verweigert. Möglicherweise ist nach dieser Sitzung der Faden für Merkel noch ein Stück dünner.



Wolfgang Wiehle, MdB

Wahlkreis 219: München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
 - Petitionsausschuss
 - Schriftführer/in

@ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /W.Wiehle

www.wolfgang-wiehle.de

„Verkehrswende“: Das nächste Mega-Risiko für die Zukunft Deutschlands?!

Das Verkehrssystem ist ein entscheidender Faktor für das tägliche Leben wie auch für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Von der Autoindustrie einschließlich der Zulieferer hängen Millionen von Arbeitsplätzen ab.

Gerade deshalb ist größte Vorsicht geboten, wenn unter der Überschrift „Verkehrswende“ das Ziel ausgerufen wird, bis zum Jahr 2030 müsse der Verkehrssektor 40 oder gar 45 Prozent weniger CO₂ erzeugen. Zum Vergleich: Seit 1990 hat es hier keine CO₂-Reduzierung gegeben, nicht zuletzt wegen des Wirtschaftswachstums, das wir zum Glück – noch? – haben.

Die „Verkehrswende“-Pläne kommen aus der Ecke grüner Ideologen; auch die Kanzlerin nutzt diesen Begriff inzwischen. Es könnte genauso laufen wie mit der „Energiewende“: Werden wieder volkswirtschaftliche Mittel in Billionenhöhe vergeudet? Steigen auch im Verkehr die Preise so drastisch wie beim Strom? Riskiert man wieder die Versorgungssicherheit?

Nichts spricht dagegen, durch Digitalisierung, bessere Fahrzeugtechnik und bessere Organi-

sation Ressourcen einzusparen. Das wird die volkswirtschaftliche Effizienz erhöhen und Importabhängigkeiten verringern.

Nur solange Deutschland beim Glasfaser-Ausbau zu den Schlusslichtern der OECD-Staaten gehört und Mobilfunk-Funklöcher weit verbreitet sind, bleibt die Effizienzsteigerung schon im Ansatz stecken.

Große Gefahr droht, wenn die Politik im Stile sozialistischer Fünfjahrespläne halsstarrig an vorgegebenen Zahlen festhält. Was ist, wenn bessere Technik für die 40 bzw. 45 Prozent CO₂-Minderung nicht ausreicht? Kommt dann die politische Brechstange mit Verkehrsbeschränkungen, drastischen Steuererhöhungen und zwangsweisem Umstieg auf teure E-Autos?

Es ist die Aufgabe der AfD, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes über diese Planzahlen zu stellen. Wir müssen auf der Seite der Bürger stehen und nicht auf der Seite der Ideologen!



Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

• Obmann

- Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
- Auswärtiger Ausschuss

@ petr.bystron@bundestag.de

f /bystronpetr

www.petrbystron.de

Bystron erhält renommierten Eagle Award von Trump-naher Stiftung

Der Obmann im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages Petr Bystron erhielt am vergangenen Samstag im US-amerikanischen St. Louis vom konservativen Eagle Council die renommierte Auszeichnung „Eagle Award“.

Der Eagle Award der Trump-nahen Phyllis Schlafly Stiftung ging somit in diesem Jahr an zwei europäische Politiker. Neben Bystron wurde der konservative polnische Parlaments-abgeordnete Dominik Tarczynski (PiS) geehrt. Letztes Jahr wurde mit dem Preis der ehemalige Trump-Strategie Stephen Bannon ausgezeichnet.

Die Phyllis Schlafly Stiftung ist eine der ältesten konservativen Lobbygruppen der USA. Sie richtet bereits seit 47 Jahren in St. Louis, Missouri die Konferenz „Eagle Council“ aus. Zu den bisherigen Preisträgern des Eagle Awards gehören neben dem ehemaligen Trump-Berater Stephen Bannon auch der amtierende US-Bundesstaatsanwalt Jeff Sessions oder der

konservative Senator Jesse Helms. Ebenfalls ausgezeichnet wurde Donald Trumps ehemaliger Sicherheitsberater Lt. General Mike Flynn. Er erhielt den Singlaub-Award. Bystron ist der erste Deutsche, der mit dem Award ausgezeichnet wurde.

Die Teilnehmerliste der alljährlichen Konferenz liest sich wie das Who-is-Who der konservativen Szene der USA. Zu den prominenten Gästen zählte die führende US-Islamkritikerin Pamela Geller, Ex-Trump-Wirtschaftsberater Stephen Moore, Kongressabgeordneter Steve King, der Fox News Teroexperte Tony Shaffer, „Sheriff Gnadenlos“ Joe Arpaio, der kanadische YouTube-Philosoph Stefan Molyneux, sowie die Enthüllungsjournalisten James O’Keefe, Mike Cernovich und Jack Posobiec.

Phyllis Schlafly war in den 70ern und 80ern die prominenteste Feminismus-Kritikerin der USA und enge Wegbegleiterin des republikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Im Jahr 2016 unterstützte sie den Präsidentschafts-Wahlkampf von Donald Trump. Sie verstarb im selben Jahr an Krebs.



Hans-Jörg Müller, MdB Parlament. Geschäftsführer

Wahlkreis 225: Traunstein

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

@ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f /MdB.Mueller

Nachdem die Veranstaltung mit Björn Höcke am 03.09.2018 intensiv in den heimischen Medien beworben wurde, kam von Bernhard Zimmer, Landtagskandidat der Grünen im Landkreis BGL per E-Mail die Aufforderung an „Freunde und Unterstützer“, die geplante Veranstaltung am geplanten Ort in Aufham durch eine Demonstration zu begleiten. Aufgerufen wurde zur Gegendemo für 17:30 Uhr am Schwimmbadparkplatz in Aufham.

Unterstützung fand dieser Aufruf auch durch den Landtagskandidaten der SPD im Landkreis Traunstein, Sepp Parzinger und Gisela Sengl, MdL. Diese riefen am 01.09.2018 auf Facebook ebenfalls zum Widerstand gegen Björn Höcke auf; begründet wurde dieser Aufruf durch „menschenverachtendes Gedankengut in Aufham bei Anger“ welches durch die Veranstaltung verbreitet werden würde. Der Kreisverband der Linken in Traunstein / BGL hatte ebenso am 31.08.2018 auf seinen Facebookseiten zur Demo gegen die Veranstaltung mit Björn Höcke aufgerufen.

Thema der Gegendemos: „Wider das Vergessen – Für eine reflektierte Erinnerungskultur“

Auffällig im Reigen der linken Gegendemos; die CSU. Denn auch deren Mitglieder, u.a. in Person des 1. Bürgermeisters von Anger, Silvester Enzinger, gefiel es, am Tag der Demonstration gegen Björn Höcke, der Gegendemo seine Aufwartung zu machen und sich mit Linken zu präsentieren.

Angemeldet hatte die Gegenveranstaltung Frau Martina Wenta, Justizbeamtin, seit 2013 im Bezirkstag für die Piraten und nun für die Freie Wählerliste Oberbayern aktiv.

Auf die Wirtin der geplanten Veranstaltungstätte wurde im Vorfeld subtiler, aber massiver, Druck ausgeübt. Dieser wurde, um nicht bewiesen werden zu können, durch Anrufe und vermutlich persönliche Gespräche mit der Wirtin betrieben.

Wie dieser Druck in etwa ausgesehen haben könnte, zeigt uns der Wirt, bei dem die Versammlung schließlich stattfand.

Dieser wurde im Vorfeld angerufen und gefragt:

- wie er das denn tun könnte?
- ob er sich bewußt wäre, was das für Konsequenzen hätte
- sagten Gäste Reservierungen ab, weil er die AfD ins Lokal lasse
- ob er von der AfD gezwungen worden wäre, sie hineinzulassen
- wurde er als „Nazi-Wirt“ in den Medien genannt

Der neue Veranstaltungsort, St. Georgen, wurde am 03.09.2018 nur dem Landratsamt Traunstein gemeldet; dennoch war kurz darauf der Veranstaltungsort bei den Gegnern bekannt.

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag